



Erhard Grundl

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-79006

Fax: +49 30 227-70009

E-Mail : erhard.grundl@bundestag.de

Gesundheitsminister Spahn lässt Hebammen im Stich

Anlässlich des Welthebammentags am 5. Mai 2018 erklärt der niederbayerische Bundestagsabgeordnete für Bündnis 90/Die Grünen, Erhard Grundl:

Nach Jahren des Rückgangs steigen die Geburtenraten bundesweit und auch in Bayern wieder. Gleichzeitig berichten Schwangere wie auch Hebammen, Ärztinnen und Ärzte immer wieder von Problemen. In Regionen mit niedrigen Geburtsraten ergeben sich weite Anfahrtswege für Schwangere weil Geburtsstationen schließen, in Ballungszentren sind Geburtsstationen dagegen überlastet. Auch in Straubing schaut es mit der Entscheidungsfreiheit für Mütter, ihr Kind zuhause auf die Welt zu bringen, schlecht aus. Für die bayrische Landesregierung offensichtlich alles kein Thema: Sie war nicht mal in der Lage, der Bundesregierung Zahlen zur Situation im Land zuzuliefern oder zu erläutern, was sie tun will, um Abhilfe zu schaffen.

Dass sie keinerlei Verbesserungen in der Geburtshilfe plant, musste auch die Bundesregierung auf Anfrage unserer Fraktion hin zugeben. Die Forderung im Koalitionsvertrag nach einer „wohnortnahen Geburtshilfe“ ist eine Luftnummer. Spahn interessieren weder die schlechten Arbeitsbedingungen im Kreißaal noch die Gründe, warum Hebammen aus ihrem Beruf aussteigen. Spahn lässt werdende Mütter und Hebammen im Stich. Wir brauchen eine bundesweite Erhebung, wo wie viele Hebammen in der Geburtshilfe fehlen. Nur so können Bund und Länder gezielte Maßnahmen ergreifen, die Betreuung für Frauen im Kreißaal zu verbessern.

Hebammen sind für eine gute Geburt unverzichtbar. Eine gute Betreuung fördert die natürliche Geburt, kann Kaiserschnitte vermeiden und Komplikationen vorbeugen. Gerade deswegen ist es beschämend, wie Schwangere von Bundesgesundheitsminister Spahn im Stich gelassen werden. Die Arbeitsbedingungen für Hebammen im Kreißaal müssen dringend verbessert werden, damit sich wieder mehr Hebammen für eine Tätigkeit in der Klinik entscheiden.